

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabends.

Amts- und Anzeigebblatt

für den
Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Zweihundzwanzigster Jahrgang.

Abonnement
vierteljährlich
1 R. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Inserate:
für den Raum
einer
einspaltigen Zeile
10 Pf.

Bei mehrmaliger Wiederholung von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigebblattes.“

Bekanntmachung, die Stadtverordneten-Ergänzungswahl betr.

Ende dieses Jahres scheiden aus dem Stadtverordnetencollegium die Herren Kaufmann August Brandt, Kürschnermeister Ferdinand Fichtner, Schankwirth Albrecht Gnüchtel, Fabrikant Edwin Höhl, Schneidermeister Fürchtegott Gläß, Kaufmann Carl Lipfert und Kaufmann Carl Dörffel jun. aus und sind an deren Stelle 7 Stadtverordnete neu zu wählen und zwar müssen darunter mindestens 4 mit Wohnhäusern ansässig sein, da nach dem Ortsstatut von der Gesamtzahl der Stadtverordneten an 21 mindestens 11 ansässig, mindestens 6 un- ansässig sein müssen, von den im Amte bleibenden 14 Stadtverordneten, nämlich den Herren Commerzienrath Hirschberg, Referendar Cyfrig, Bordruker Heinrich Bauer, Maler Jochimsen, Freihofsbesitzer Großmann, Kaufmann Emil Tittel, Kaufmann Dierich, Kaufmann Ludwig Gläß, Kaufmann Louis Unger, Forstrentamtmanu Bettengel, Kaufmann Alfred Reichsner, Kaufmann Troll, Postdirector Weigel und Eichmeister Flach aber 7 ansässig und 7 unansässig sind.

Zum Wahltag ist

Dienstag, der 7. Dezember 1875

anberaumt und werden die stimmberechtigten Bürger hiesiger Stadt, welchen Stimmzettel einige Tage vor dem Wahltag zugehen werden, hiermit aufgefordert, an diesem Tage von

Vormittags 9 bis Mittags 1 Uhr

ihre Stimmzettel, auf welchen nach Vorstehendem die Namen 7 wählbarer Bürger, von denen mindestens 4 mit Wohnhäusern ansässig sein müssen, zu verzeichnen sind, im Rathhaussaale vor dem versammelten Wahlausschusse persönlich abzugeben.

Die aufgestellte Liste der Stimmberechtigten und der Wählbaren liegt bis zum 4. Dezember zu Jedermanns Einsicht an Rathsstelle aus. Etwaige Einsprüche gegen dieselbe sind bis zum 27. d. Mon. allhier zu erheben.

Eibenstock, am 20. Novbr. 1875.

Der Stadtrath daselbst.

S. B.: Müller, Stadtr.

Bgs.

Tagesgeschichte.

— Die Berliner „Volkzeitung“ bringt über die verschiedentlich erwähnte Idee des Ankaufs der Privatbahnen durch das Reich einen Leitartikel, in welchem es heißt: „Es ist interessant, zu beobachten, mit welchem Gleichmuth liberale Grundsätze von manchen ihrer anscheinend eifrigen Vertheidiger über Bord geworfen werden, wenn es bequem und angenehm wird, sie zu verleugnen. So lange die Eisenbahnen gute, große Dividenden abgeworfen haben, galt es unumstößlich, daß der Staat keine Geschäfte betreiben und also auch keine Eisenbahn auf Staatskosten angelegt werden dürfe; nur ausnahmsweise wurden Staatsbahnen gut geheissen, nämlich dann, wenn sie auf Strecken errichtet wurden, die keine gute Renten in Aussicht stellten. Man hatte hierfür die schöne Ausrede, daß sie hauptsächlich für strategische Zwecke ins Leben gerufen würden und diese der Fürsorge des Staates anheim gegeben werden müßten. Seitdem jedoch alle Eisenbahnen gar schlechte Zeiten haben und den Actionären nur kümmerliche Dividende bringen, beginnt man auch von liberaler Seite bereits „in ernste Erwägung zu ziehen“, ob nicht das Reich alle Eisenbahnen ankaufen sollte und natürlich zu einem Preise, der den Actienbesitzern sehr angenehm sein würde u. s. w.“ Es sind vorzugsweise Börsenblätter, welche den Ankauf der Eisenbahnen durch das Reich mit solchem Eifer befürworten.

— Mit der Frage der Steuerverweigerung hatten es die Klerikalen in Baiern ernster genommen, als man annehmen zu dürfen geglaubt hat. Jetzt aber haben sie den Gedanken fallen lassen. Auf Ersuchen eines klerikalen Abgeordneten gab der Staatsrechtslehrer Böpfl in Heidelberg ein ausführlich motivirtes Gutachten ab, dahin gehend, daß es mit Steuerverweigerung absolut nicht gehe. Sie habe keine rechtliche Basis und selbst, wenn sie solche hätte, dürfe davon kein Gebrauch gemacht werden. Steuerverweigerung wäre der unklugste und unglücklichste Schritt, den die patriotische Partei thun könne; sie

brächte unfägliches Elend und die unheilbarste Verwirrung ins Land, riefte die Reichserecution herbei, hätte die Vernichtung der letzten Reste baierischer Selbstständigkeit im Gefolge, und wäre für die politische Partei so viel, wie Selbstmord.“

— Wien, 14. Nov. Morgen wird im Prater mit der Niederreißung der Weltausstellungs-Bauten begonnen werden. Obwohl dieses Schicksal der betreffenden Gebäude lange beschloffen und allgemein bekannt ist, sieht man doch in allen Kreisen Wiens nur mit einer gewissen Wehmuth den Moment heranrücken, in welchem auch die letzten Ueberreste einer trotz aller Schattenseiten für die Geschichte Wiens und der Monarchie unvergesslichen, großartigen Episode vom Erdboden verschwinden sollen.

— Der letzttägige Orkan, der mit furchtbarer Gewalt an den Küsten Frankreichs und Englands gehaust und auf dem Festlande fast alle Telegraphenleitungen unterbrochen hat, ist wie gleich vorausgesehen wurde und sich nun leider auch vollinhaltlich bestätigt, die Ursache zu zahlreichen Schiffbrüchen geworden. Sowohl von der englischen, wie von der französischen Küste wird jetzt eine außerordentliche große Anzahl von Schiffsunfällen gemeldet. Unter Anderem ist das dänische Schiff „Forevhuken“ auf der Fahrt von Kopenhagen nach Triest bei Staples gescheitert, von der ganzen Mannschaft sind nur zwei Personen gerettet worden. Die niedrig gelegeneren Theile Londons und der Umgegend sind durch eine Springfluth total unter Wasser gesetzt worden. Der kolossale Schaden aber, den die furchtbaren Stürme der letzten Tage angerichtet, läßt sich noch nicht einmal annähernd übersehen.

— In den ersten drei Quartalen dieses Jahres sind in den Vereinigten Staaten nicht weniger als 5334 Bankerotte im Betrage von 524,690,000 Mark angekündigt worden. Die Bankerotte der Stadt New-York allein weisen Verbindlichkeiten auf von 120 Millionen Mark und der Staat New-York weitere 40 Millionen Mark.

Sächsische Nachrichten.

Dresden, 17. Novbr. Die seit Freitag hier versammelte Zi-